

Ressort: Politik

Union geht bei Doppelpass auf SPD zu

Berlin, 27.10.2013, 14:11 Uhr

GDN - CDU und CSU wollen nach jahrelangen Diskussionen das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht reformieren und gehen dabei erstmals auf die SPD zu. Nach einem Bericht des "Spiegel" ist angedacht, den sogenannten Optionszwang abzuschaffen, das beträfe überwiegend die Gruppe der Deutsch-Türken.

Um eine doppelte Staatsbürgerschaft zu verhindern, sieht diese Regelung bislang vor, dass sich in Deutschland geborene Kinder mit ausländischen Eltern bis zu ihrem 23. Lebensjahr entscheiden müssen, ob sie die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern wählen oder die deutsche. "Ich frage mich, ob es noch Sinn macht, die jungen Leute zwischen 18 und 23 Jahren durch diese Zerreißprobe zu jagen", sagte CSU-Chef Horst Seehofer dem Magazin. "Die Bereitschaft, sich in Deutschland zu integrieren, erhöht dies nicht." Seehofer schwebt als Beispiel ein Modell einer ruhenden Staatsbürgerschaft vor. Danach könnte ein Doppelstaatler seine Rechte dort ausüben, wo sein Lebensmittelpunkt ist, die aus der anderen Staatsbürgerschaft würden derweil ruhen. Auch Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU), CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe und der Chef der NRW-CDU Armin Laschet können sich nach Informationen des "Spiegel" Änderungen beim Optionszwang vorstellen. Eine entsprechende Bereitschaft hatten Kanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Seehofer dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel vor Beginn der Koalitionsverhandlungen signalisiert. Heftige Kritik an den Überlegungen gibt es von Seehofers Parteifreund, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, und den Innenpolitikern in der Union. "Es ist ein Denkfehler zu glauben, allein die doppelte Staatsangehörigkeit fördert die Integration", sagte Friedrich dem Magazin. Bei einer internen Vorbesprechung der Unionspolitiker für die entsprechende Koalitionsarbeitsgruppe am vergangenen Donnerstag in der bayerischen Landesvertretung lehnte Friedrich es sogar ab, einen Reformvorschlag für die Koalition zu erarbeiten. Das sei dann eben Sache der Parteivorsitzenden, wird Friedrich von Teilnehmern zitiert. Unterstützung erhält er vom CDU-Innenexperten Wolfgang Bosbach, der die CDU nach dem Aus für Wehrpflicht und Atomkraft vor der nächsten Kehrtwende warnt. "Beim Thema Mindestlohn musste jedem klar sein, dass wir bei einer Großen Koalition der SPD entgegenkommen müssen", so Bosbach. "Aber das gilt doch nicht für die generelle Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-24137/union-geht-bei-doppelpass-auf-spd-zu.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619